



Niederschrift

40. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juni 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 11 der Tagesordnung: Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe
Punkt 11.1 der Tagesordnung: Reinigungsdienste rekommunalisieren und Reinigungskräfte in städtische Beschäftigungsverhältnisse übernehmen
Interfraktioneller Antrag: DIE LINKE., KAL/Die PARTEI
Vorlage: 2022/0592
Punkt 11.2 der Tagesordnung: Organisation der Reinigungsleistungen bei der Stadt Karlsruhe
Vorbereitung einer strategischen Grundsatzentscheidung
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, SPD
Vorlage: 2022/0679

Beschluss:

Verwiesen in den Personal- und Hauptausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Wir haben leider erst heute Nachmittag um 13:45 Uhr die Stellungnahme zu unserem Antrag, der vor mehr als vier Wochen eingereicht wurde, erhalten. Es war mir deshalb nur am Rande möglich, jetzt noch ein paar Aspekte aus der Stellungnahme der Stadtverwaltung herauszulesen. Mit der Kurzfassung, können Sie sich vorstellen, sind wir nicht einverstanden, weil wir davon ausgehen, der Gemeinderat hat oder sollte hierzu eine Grundsatzentscheidung treffen können, einen Richtungsentscheid, der vorbereitet werden muss. Dazu werden wir auch schrittweise vorgehen müssen. Das wird nicht in einer Gemeinderatssitzung erschöpfend und abschließend behandelt werden können.

Deshalb danke ich auch durchaus für den Antrag von SPD und GRÜNEN, weil ich gar nicht auf die Idee gekommen wäre, dass ich der Stadtverwaltung so eine detaillierte Vorgabe machen muss. Wir sind davon ausgegangen, in unserem Antrag sind Projekte und Möglichkeiten genannt, um zu vergleichen, um dem Gemeinderat eine Entscheidung zu ermöglichen. Ich sage Ihnen auch, warum ich darauf dränge, dass wir uns mehr damit beschäftigen. Wenn ich nur lese, dass die Stadtverwaltung davon ausgeht, dass die Fremdreinigung rund 30 Prozent günstiger sei als die Eigenreinigung, dann muss mir das zu denken geben, und es gibt mir sehr zu denken, weil ich weiß, wie - nicht alle - viele Dienstleister gerade in dem Gewerbe mit ihren Beschäftigten umgehen. Es gibt zwar einen Tariflohn und ein Tariftreuegesetz, das den gesetzlichen Mindestlohn oder auch die Mindestlöhne der Tarife vorgibt. Aber es kann von der Stadtverwaltung, das wurde uns mehrfach schon bestätigt, niemand nachprüfen, ob die Dienstleister diese Vorgabe erfüllen. Ich behaupte, 30 Prozent billiger zu sein als die Eigenreinigung, das kann nur auf den Knochen der Beschäftigten erwirtschaftet werden. Diese Gewinne, die diese Dienstleister machen, basieren darauf, dass sie viele Menschen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten lassen, auf Minijob-Basis, das heißt, nicht rentenversichert, nicht arbeitslosenversichert, und mit der Krankenversicherung möchte ich jetzt keine Spekulationen anstellen. Aber wir haben das Problem, dass es keine Möglichkeit gibt für die Stadt, aufgrund der personellen Situation solches auch nur stichprobenartig zu prüfen.

Ich möchte mehr Sicherheit für alle Beschäftigten, für die in der Stadtverwaltung, weil die haben auch einen Anspruch auf Sauberkeit ihres Arbeitsplatzes, auf Sauberkeit der Sozialräume und, und, und. Wir haben aber eine Verantwortung gegenüber diesen externen Mitarbeiter*innen. Deshalb bitte ich darum, diesen Antrag nicht einfach wegzustimmen, sondern zusammen mit dem Antrag von SPD und GRÜNE in die notwendigen Fachausschüsse zu verweisen, um dort weiter beraten zu können.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Anders als man vielleicht denkt, ist die Reinigung kein besonders strahlendes oder glänzendes Thema, sondern eher ein schwieriges, weil es um sehr viele Detailfragen geht. Welche Reinigungsmittel werden verwendet, wie sind die Kennzahlen, wie werden die entwickelt, sind die fair und wie genau sind die Beschäftigungsverhältnisse. Deswegen erst mal vielen Dank an alle Fraktionen, die sich mit diesem wichtigen Thema beschäftigt und hier Anträge eingereicht haben. Ich denke, wir sind uns alle einig, worum es uns geht, nämlich darum, dass alle, die im Auftrag der Stadt Gebäude reinigen, gute und faire Arbeitsbedingungen haben, dass es gute und konstant gute Reinigungsqualität gibt und, als Letztes, dass wir eine Organisation haben, die Doppelstrukturen verhindert und die auch langfristig für die Stadt tragfähig ist. Wir glauben, wir wissen noch viel zu wenig darüber, wie das organisiert sein könnte und was die möglichen Alternativen sind.

Die letzte Anfrage von den LINKEN zu dem Thema war vor zwei Jahren und hat uns zwar gezeigt, wie die aktuellen Kosten und Beschäftigungsverhältnisse sind, aber eben nicht, was die möglichen Alternativen sind und was die Kosten würden. Dass das ausgearbeitet wird, dass wir danach fundiert diskutieren und dann eine gut informierte strategische Grundsatzentscheidung treffen können, das ist unser Antrag von der SPD und von den GRÜNEN. Der Unterschied zu dem Antrag von LINKE, KAL/Die PARTEI ist, dass da direkt die Entscheidung über das Knie gebrochen werden soll. Wir sollen erst entscheiden, wie die Reinigung organisiert wird, um danach die notwendigen Informationen zu bekommen. Ich

bitte, dass wir diese Grundsatzentscheidung gut vorbereiten, dann ausführlich diskutieren, das auch gerne in den Ausschüssen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich kann mich in den letzten Sätzen absolut Frau Wolf anschließen. Ich denke, jede Entscheidung, die man gut vorbereitet, ist auch eine richtige und eine gute Entscheidung. Die ganze Problematik haben wir schon lang und breit diskutiert. Ich möchte gerade an die Diskussion im Schulbeirat erinnern mit der Sauberkeit in den Schulen. Da hat sich schon leider Gottes in den letzten Jahren einiges geändert, aber woran das liegt, das wissen wir einfach nicht. Von dieser Organisation der Reinigungsleistung, von dieser Untersuchung versprechen wir uns einiges und können diesen Antrag auch wirklich unterstützen.

Ganz im Gegensatz dazu sehen wir den Antrag der LINKEN und der KAL. Hier sehen wir einen ganz anderen Ansatz. Ich finde es schon ein starkes Stück, wenn Frau Binder hier im Prinzip vielen oder fast jeder Reinigungsfirma unterstellt, so, wie sie es gesagt hat, dass alle, die nichtstädtisch sind, keine gute Arbeit machen, dass keine tariflichen Entgelte bezahlt werden, dass schlechte Arbeitsbedingungen dort vorherrschen oder dass nichtversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse da sind. Es steht alles in der Begründung drin.

(Zurufe)

Frau Göttel, Sie können es nachlesen, das steht alles da drin, dass bei vielen oder den meisten das so ist. Das finde ich schon ein starkes Stück den anderen Firmen gegenüber. Von daher, dieser Antrag ist für uns überhaupt nicht weiterzuverfolgen, schon gar nicht auf der Grundlage, die das Ganze jetzt hat. Vielmehr sollte man sich wirklich noch einmal mit den Gründen beschäftigen. Deswegen würden wir gerne, wenn schon die Untersuchung gemacht wird, vielleicht auch noch zwei, drei Sachen mit einbringen, zum Beispiel, dass man mit untersucht, ob überhaupt eine Rolle rückwärts möglich wäre aufgrund des wirklich großen Fachkräftemangels auch in dem Bereich, dass überhaupt genügend Personal vorhanden wäre, dass man es mit untersucht in dem Bereich und ob nicht der Hauptgrund vor allem, den wir wirklich auch so sehen, gerade in Schulen und Kindertagesstätten an einer fehlenden Kontrolle liegt. Denn ich kann es nur für uns sagen aus dem Bereich Leistungssport. Hier ist es wirklich auch so, je nachdem wenn ein Wechsel stattfindet, ist es einmal wirklich untragbar und das andere Mal ist es eine hervorragende Arbeit, die die gleichen Leute in der gleichen Zeit bei der gleichen Bezahlung leisten. Von daher sollte man vielleicht diesen Bereich Kontrolle etwas stärker noch mit einbringen, den aber dann auch die Firma zu leisten hat, die entsprechend diesen Vertrag hat. Ich denke, dann trifft es nämlich auch nicht die Angestellten und schon gar nicht diejenigen, die nach Meinung von Frau Binder immer ausgebeutet werden, sondern dann trifft es natürlich auch die Firma.

Den Antrag der LINKEN und KAL lehnen wir ab, und den Antrag von GRÜNEN und SPD zur weiteren Untersuchung, können wir so mittragen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir sind schon ein ganzes Stückchen weiter jetzt mit der Stellungnahme zum Antrag der LINKEN und KAL, die relativ umfassend ist. Diese Stellungnahme hat uns ganz deutlich gezeigt, dass da wirklich weit mehr als 200 Leute

sind, die jeden Tag diese vielen Gebäude der Stadt reinigen. Das sind vor allem auch die Kitas und Schulen, haben wir gerade auch gehört.

Für uns sind es vor allem drei Gründe, die ganz wichtig sind, warum wir das Thema noch ein bisschen unter die Lupe nehmen müssen. Denn einerseits sind es viele dieser Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten oder zumindest knapp oberhalb des Niedriglohnsektors. Ich finde, dass man da noch einmal eine ganz besondere Verantwortung hat, wenn die Menschen schon für wenig Lohn arbeiten, dass sie dann wenigstens sehr gute Arbeitsbedingungen haben. Es ist schon auch ein Stück weit unsere Verantwortung.

Der zweite Punkt, das wurde auch schon angesprochen, ist die Qualität der Reinigungsarbeiten. Das bezieht sich nicht nur auf die Kinder in den schon bereits erwähnten Schulen und Kindergärten oder Kindertagesstätten, sondern das bezieht sich auch, wie Frau Binder ganz richtig gesagt hat, auf alle anderen Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung. Denn auch für die Menschen wollen wir gute Arbeitsbedingungen schaffen bzw. erhalten, muss man an der Stelle sagen. Das fängt mit einem gut gereinigten Arbeitsplatz an.

Der dritte Punkt ist, das hat auch die Stellungnahme gezeigt, es geht hier um sehr viel Geld, das wir jedes Jahr ausgeben als Kommune. Ich denke, bei allen wiederkehrenden Ausgaben in solchen Höhen ist es Aufgabe des Gemeinderats, hin und wieder hinzugucken, was mit diesen Geldern passiert und ob sie auch wirklich so ausgegeben werden, dass wir ein gutes Gewissen haben können. Ich möchte nicht den Generalverdacht stellen, aber es ist schon so, mir geht es schon auch ähnlich wie der Frau Binder, dass ich auch erst mal geschluckt und mich gefragt habe, wie kommt denn diese große Diskrepanz zustande zwischen dem, was uns das mit eigenen Kräften kostet und was es Fremdfirmen kostet, weil ich ehrlich gesagt nicht damit gerechnet habe, dass es so hoch ist. Da muss man sich schon ein bisschen damit beschäftigen, wie denn das zustande kommt, völlig wertungsfrei an der Stelle.

Wir danken der Verwaltung für den Vorschlag, dem wir sicherlich auch folgen können, das im Ausschuss zu beraten. Wir würden allerdings vielleicht den Personalausschuss dem Hauptausschuss vorstellen wollen. Wir würden auch bei der Gelegenheit bitten, unsere Expertinnen und Experten für Arbeitsrecht und Arbeitnehmer*innenfragen mit einzuladen. Das sind die Gewerkschaften, das sind die Personalvertretungen unserer Mitarbeitenden, weil wir denken, dass wir mit denen zusammen sicherlich auch viel an gemeinsamer Expertise aufbringen können.

Stadtrat Hock (FDP): Ich möchte mich erst einmal dem Antrag der GRÜNEN und der SPD widmen. Da muss ich sagen, für meine Fraktion ist das der erste Schritt und der bessere Schritt, erst einmal das zu evaluieren mit den Protagonisten, die sich in dem Bereich auch gut auskennen, um dann zu wissen, was würde denn auf die Stadt zukommen. Ich denke, die Diskussion muss man dann aber ergebnisoffen führen. Da bin ich froh und dankbar, dass die GRÜNEN und die SPD diesen Antrag gestellt haben, den wir gerne unterstützen.

Bei dem Antrag der KAL/Die PARTEI und der LINKE muss ich sagen, mich hat gewundert, dass mein Kollege Lüppo Cramer - er wird wahrscheinlich jetzt auch gleich sagen, wieso - da mitgemacht hat. Dann breche ich eine Lanze für den Mittelstand in unserer Stadt und für die Gewerbetreibenden, die die Reinigungsfirmen in privater Trägerschaft betreiben. Die

sind 30 Prozent günstiger. Die Frage muss man sich natürlich stellen, wieso ist das der Fall. Das können wir dann, wenn wir die Zahlen haben, noch einmal genau anschauen. Den Privaten immer zu unterstellen, sie würden ihre Mitarbeiter ausbeuten, finde ich eine Unverschämtheit, um das klipp und klar zu sagen. Das ist in diesem Hause nicht das erste Mal geschehen, das ist sehr oft schon geschehen. Deshalb bitte ich darum, nicht immer den Leuten hier die schwarze Karte zuzuschieben mit Ausbeutung und was hier alles für Wörter fallen. Ich finde das nicht in Ordnung. Es ist nicht angemessen und der privaten Wirtschaft auch nicht zuträglich.

Wenn Sie nämlich dieses Fass aufmachen, dann machen wir gerne mit, aber dann gucken wir uns nicht nur den Bereich der Reinigung an, dann gucken wir uns auch andere Bereiche an. Da kann ich Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, sprechen Sie doch mit manchen Leuten, die der Stadt Karlsruhe den Rücken gekehrt haben und gerne zu privaten Firmen gegangen sind. Wissen Sie, was die Ihnen sagen? Weil ich dort mehr wertgeschätzt werde, weil ich dort mich besser aufgehoben fühle. Diese Worte sind mir schon oft entgegengekommen. Wir können uns gerne austauschen, wo das gesagt wurde. Da werden Ihnen aber die Augen überquellen. So ist es nämlich nicht. Wenn wir dieses Fass aufmachen, dann machen wir es richtig auf. Aber dann sprechen wir nicht nur in dem Bereich. Dann werden Sie sehen, dass einiges, was Sie hier sagen, nicht nur dort zutrifft, sondern auch in anderen Bereichen und immer wieder das Wort fällt, ja, ich bin gerne zu einem Privaten gegangen, weil es dort besser ist.

Deshalb, den Antrag der LINKEN und KAL/Die PARTEI werden wir auf keinen Fall mitgehen, und falls das durchgeht, dann machen wir aber ein ganz großes Fass auf.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich bin auch bereit, ein großes Fass aufzumachen, muss ich ehrlich sagen. Denn mich und meine Fraktion, der KAL, stört es schon seit Langem, dass so viel privatisiert wird, nach außen gegeben wird, was früher in städtischer Hand war. Was mich jetzt wirklich extrem erstaunt, um nicht zu sagen erschreckt hat, die Zahlen, dass Private 30 Prozent billiger sind, sein können als die Stadt. Also, das muss absolut hinterfragt werden. Das wäre für mich das Allerwichtigste. Das muss hinterfragt werden. Wieso ist das so? Das muss auf den Tisch gelegt werden. Von daher finde ich es auch gut, dass der Antrag der GRÜNEN und der SPD jetzt zeitgleich auf dem Tisch liegt. Ich würde das jetzt alles nicht so haarspalterisch auf den Tisch legen - Argumentation von der Frau Binder.

Ich denke, es geht darum, dass wir grundsätzlich - das meine ich auch mit „das Fass aufmachen“ - noch einmal überlegen müssen, wie wollen wir in Zukunft im städtischen Bereich mit Fremdvergaben agieren. Sie hören, die Leute sind froh, wenn sie in die private Wirtschaft kommen, aber ich glaube, das liegt nicht unbedingt im Reinigungsfirmenbereich, sondern in anderen Bereichen kann das gut sein. Ich denke aber, wenn man als Reinigungskraft bei der Stadt untergekommen ist, dann ist man gut aufgehoben, dann weiß man, dass die Bezahlung stimmt, dass auch die Gewerkschaft genau hinschaut, dass alles stimmig ist. Von daher war das für uns kein Problem, dass wir jetzt zusammen mit der LINKEN diesen Antrag gestellt haben. Ich stehe mit meiner Person absolut dazu. Auch wenn manches scharf formuliert wurde, wir haben es zugespitzt in dem Antrag, und ich denke, das hat eine gewisse Kraft entwickelt, dass der Antrag, dass das Thema ernsthaft besprochen wird. Deswegen würde ich auch sagen, dass wir das so machen sollten, beide Anträge in die beiden Ausschüsse, Personalausschuss und

Hauptausschuss, in welcher Reihenfolge dann auch immer, zu verweisen und dort dann, das was Sie vorgeschlagen haben, Herr Kollege Hock, wirklich ans Eingemachte gehend diskutieren.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich werde jetzt auf die Verwaltungsantwort nicht eingehen, weil die für uns und auch für mich persönlich zu spät gekommen ist. Aber was die Frau Binder angesprochen hat, dass sie sich Sorgen macht um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter in diesen privaten Firmen, das ist etwas, was durchaus legitim ist. Ich glaube aber, dass es eigentlich ein Thema der Vergabe ist. Wir als Fraktion und ich als Person habe hier mehrmals in diesem Haus in den letzten Jahren, wenn wir Reinigungsarbeiten vergeben haben, nachgefragt, ist dieses Angebot, was hier als billigster Anbieter zum Zuge kommt, wirklich auskömmlich, denn darum geht es. Auskömmlichkeit, das ist eigentlich der Kernpunkt, ist die Arbeit zu schaffen, ist die Arbeit in dem Umfang in der Zeit zu schaffen. Aber die Antwort der Verwaltung war jedes Mal, wir haben es geprüft, es ist auskömmlich. Es war jedes Mal so. Ich war mir nie sicher, ob das wirklich so sein kann, weil der, der am Ende erfolgreich war, der kam mir wirklich sehr billig vor. Wir müssen den billigsten Anbieter nehmen, das ist auch ein Problem.

Deswegen meine ich, es ist eine Frage der Auskömmlichkeit der Angebote. Es ist keine Frage, ob das ein privater Anbieter macht oder ob es die Stadt macht. Die Arbeit muss in der Zeit zu leisten sein. Es darf auch nicht sein, dass etwas angeboten wird, was nicht möglich ist, und dann wird einfach gespart, dann wird nur jeder zweite Raum gereinigt, weil keiner wirklich nachschaut. Es darf weder auf Kosten der Arbeitnehmer gehen noch auf Kosten der Qualität, denn das ist für die Arbeitnehmer auch kein Zustand, ihre Arbeit jeden Tag abzuliefern, wenn sie genau wissen, sie schaffen es nicht und sie müssen an der einen oder anderen Stelle etwas weglassen, was sie eigentlich gar nicht wollen. Ich finde es gut, dass wir uns einmal eingehend damit befassen. Aber wir sollten deswegen, und das ist jetzt unsere Anregung, die Frage der Auskömmlichkeit der Angebote und die Art und Weise, wie wir diese Reinigungstätigkeiten ausschreiben, mit betrachten. Denn ich denke, es ist falsch, von vornherein zu sagen, ein Privater kann das gar nicht. Ich denke, Private können das sehr wohl. Aber man muss wirklich genau schauen, ist das Angebot auskömmlich. Dabei muss man dann auch beachten, es gibt alle möglichen Konstruktionen, wo die Mitarbeiter dann bei dem wohnen müssen, für den sie arbeiten, also praktisch dem dann noch Miete bezahlen müssen. Dann kriegen sie zwar den Mindestlohn oder vielleicht sogar mehr, müssen aber am Ende wieder sehr viel Geld zurückgeben für eine Leistung, die vielleicht gar nicht so viel wert ist. Es gibt da wirklich gewagte Konstruktionen. Deswegen müssten wir uns das ganz genau anschauen. Ich bin gespannt auf die Diskussionen, die wir dann führen.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ich glaube, Klischees sind jetzt schon genug bedient worden. Wir sollten uns dann auf die Fakten beschränken. Sicherlich ist Reinigungskraft kein Traumjob, aber es ist für viele, auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unsere Sprache nicht beherrschen, der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Das müssen wir einfach ganz klar sehen. Wenn sie dann die Sprache beherrschen, nutzen sie das oft als Sprungbrett in einen anderen Beruf. Ich kenne viele Dienstleistungsunternehmen, die Gebäudereinigung anbieten. Ich muss Ihnen sagen, es gibt wenig schwarze Schafe, weil die alle das Riesenproblem haben, wie andere Branchen auch, wie zum Beispiel LKW-Fahrer oder Müllmänner, dass sie kein Personal bekommen. Ich kenne viele, die ins Ausland fahren und dort gezielt Mitarbeiter anwerben, weil sie Leistungen erbringen können oder sollen

für viele Betriebe und sagen, ich kann es gar nicht machen. Ich kann die Fenster nicht zwei Mal im Jahr putzen, weil ich nicht das Personal dazu habe.

Auf der anderen Seite stimme ich Ihnen zu, wir haben natürlich ein Problem in den Schulen, in den Kindergärten, dass jetzt nicht die Sauberkeit dort vorherrscht, die wir uns als Gemeinderäte alle wünschen. Die Frage ist, ob das an den privaten Dienstleistern liegt oder einfach an der Zeit, die wir vorgeben, die zur Verfügung steht. Wenn Sie sich überlegen, dass zum Beispiel ein Zimmermädchen im Hotel 20 Minuten für eine Komplettreinigung vom Zimmer hat, mit Betten beziehen und Bad reinigen bei einem Wechsel des Bewohners, ich wollte mal sehen, wer von Ihnen das in der Zeit leisten kann. Vielleicht liegt auch darin so ein bisschen die Crux, warum es die Privaten günstiger hinbekommen, weil sie einfach effizienter arbeiten. Ich möchte ein bisschen den Vergleich zur Papiersammlung der Stadt und zu Privaten herziehen, die recht erfolgreich sind, während wir, glaube ich, so ein bisschen vor uns hindümpeln.

Zum anderen gibt es auch ein Mittelstandsfinanzierungsgesetz. Das heißt, wenn es in der Privatwirtschaft jemand gibt, der es besser kann, warum sollen wir es dann als Kommune machen. Von daher müssen wir leider den Antrag der LINKEN und der KAL/Die PARTEI ablehnen und würden uns aber dem Vorschlag von GRÜNEN und der SPD anschließen, die Sache zu evaluieren, und dann sehen wir weiter.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wenn wir jetzt schon so viel über Klischees sprechen, dann würde ich doch einfach darum bitten, Gespräche mit den Reinigungskräften zu führen und natürlich auch mit den zuständigen Gewerkschaften, weil die eben ganz unterschiedliche Sachen sagen. Die sagen, dass gerade wenn sie mit den Reinigungskräften sprechen, die im privaten Bereich angestellt sind, sehr viele gerne ein sozialversicherungspflichtiges Anstellungsverhältnis hätten und gerne auch im kommunalen Bereich, weil sie dort nach Tarif und natürlich auch nach TVöD bezahlt werden würden und nicht nach den deutlich schlechteren Löhnen. Wenn Sie mit den Reinigungskräften hier in der Stadt sprechen, werden Sie von den meisten hören, dass sie Minijobber*innen sind und keine Vorsorge von der Rente bekommen. Da müssen wir uns fragen, ob das eine Praxis ist, die wir als Stadt mit unseren eigenen Leuten - keine Rentenvorsorge, keine Versicherung etc. - so was praktizieren wollen. Das muss man sich einfach wirklich fragen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal drauf hinweisen, dass es so etwas wie ein Subsidiaritätsprinzip gibt. Wir sollen als Kommune für das zuständig sein, was wir im Auftrag unserer Aufgabenstellung zu erfüllen haben. Da gehört die Reinigung von Gebäuden erst einmal nicht dazu. Ich möchte darauf hinweisen, dass das, was Sie gerade diskutieren, ausdrücklich in die alleinige Organisationshoheit der Stadtverwaltung und damit von mir fällt. Dennoch können Sie natürlich fordern, Sie können empfehlen, das ist alles okay, und ich glaube auch, dass wir es geklärt kriegen, warum es 25 oder 30 Prozent teurer ist. Wenn ich mir allein die ganzen zeitgebundenen Zuschläge anschau, die wir im TVöD haben, die es natürlich sonst draußen so nicht gibt, dann komme ich möglicherweise relativ schnell auf diese Differenzen, die deswegen trotzdem nicht die Interpretation zulassen, dass alle ohne Arbeitserlaubnis und ohne Sozialversicherung und was weiß ich arbeiten.

Aber wir werden uns jetzt dieser Thematik nähern und öffnen. Ich verweise beide Anträge erst in den Personalausschuss, dann in den Hauptausschuss. Ich würde Ihre Anregung, Herr

Dr. Huber, aber gerne aufnehmen, dass wir jetzt zu diesen Sitzungen nicht auch noch die Gewerkschaften einladen, sondern um Stellungnahmen bitten zu den vorgebrachten Argumenten. Dann werden die uns die entsprechenden Dinge dazu sagen. Dann können wir das als Material für die Diskussion nehmen. Wenn wir dann darüber hinaus vielleicht noch irgendeine Form von persönlicher Befragung brauchen, dann gucken wir, weil wir auch eine gewisse Beratungsfolge haben, wie wir das hinkriegen. Dann ist das für heute erst mal soweit abgeschlossen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
13. Juli 2022